

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 33.— Mk., jährlich 63.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 730.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 198 Freitag, den 26. August 1921 12. Jahrgang

Deutsch-amerikanischer Friede

Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages.

Berlin, 25. August. Der Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika ist heute nachmittag 5 Uhr von dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen und dem amerikanischen Kommissar Brest-Litow unterzeichnet worden.

Berlin, 25. August. Der heute zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Friedensvertrag weist in der Präambel auf die Vereinbarung des Waffenstillstands, auf die Unterzeichnung und das Inkrafttreten des von den Vereinigten Staaten nicht ratifizierten Vertrags von Versailles hin und gibt dann die Friedensresolution Knox-Porter im Auszug wieder, nämlich die Sektionen 2 und 5 der Entschließung. Sodann heißt es, daß in dem Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen wiederherzustellen, die vor Ausbruch des Krieges zwischen den beiden Nationen bestanden haben, sie ihrerseits folgendes vereinbart haben:

Es folgt nun der Vertrag selbst, der nur aus drei Artikeln besteht.

In Artikel 1 verpflichtet sich Deutschland, den Vereinigten Staaten alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile zu gewähren, die in der Friedensresolution bezeichnet sind, mit Einschluß aller Rechte oder Vorteile, die zugunsten der Vereinigten Staaten im Versailler Vertrag festgesetzt sind.

Nach Artikel 2 besteht Einverständnis und Einigung zwischen den vertragsschließenden Teilen darüber, daß die in den erwähnten Rechten oder Vorteilen diejenigen sind, die im Abschnitt 1 des Teils 4 und in den Teilen 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 14 und 15 aufgeführt sind. Teil 4, Abschnitt 1, bezieht sich auf die deutschen Kolonien, Teil 5 auf die Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, Teil 6 auf die Kriegsgefangenen und Grabstätten, Teil 8 auf Reparationen, Teil 9 enthält die finanziellen Bedingungen, Teil 10 regelt die wirtschaftlichen Beziehungen, Teil 11 die Luftschifffahrt, Teil 12 die Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, Teil 14 die Sicherheiten für die Ausführung, Teil 15 die Schluß- und Übergangsbestimmungen. Nicht in den Vertrag aufgenommen sind somit Teil 1 mit der Völkerbundakte, die Teile 2 und 3, sowie Teil 4, Abschnitt 2 bis 8, mit den territorialen Bestimmungen, Teil 7 mit den Strafbestimmungen und Teil 13 mit den Bestimmungen über das Arbeitsrecht. — Sodann heißt es in Artikel 2: Wenn die Vereinigten Staaten viele Rechte und Vorteile für sich in Anspruch nehmen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags zustehenden Rechten im Einklang steht. — Weiter steht Artikel 2 ausdrücklich, daß die Vereinigten Staaten an keine Bestimmung der Völkerbundakte oder an eine Ausnahme des Völkerbunds gebunden sein wollen, es sei denn, daß sie ausdrücklich ihre Zustimmung zu einer solchen Maßnahme geben; daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aus den in diesem Vertrag nicht aufgenommenen Bestimmungen des Versailler Vertrages übernehmen; daß sie zwar berechtigt sind, an der Reparationskommission oder anderen Kommissionen teilzunehmen, aber nicht verpflichtet sind, sich an einer solchen Kommission zu beteiligen.

Artikel 3 besagt, daß der gegenwärtige Vertrag gemäß den verfassungsrechtlichen Formen der hohen vertragsschließenden Teile ratifiziert werde und sofort mit Austausch der Ratifikationsurkunden, der sobald als möglich in Berlin stattfinden wird, in Kraft treten soll.

London, 25. August. Einer Reutersmeldung aus Washington zufolge erklärte Staatssekretär Hughes gestern vor einer Volksversammlung im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland. Die demokratischen Mitglieder des Ausschusses stellten eingehende Fragen. Später wurde jedoch mitgeteilt, es beständen Anzeichen, daß der Friedensvertrag im Senat nicht auf eine organisierte Opposition stoßen werde.

Die Teuerungszuschläge für die Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Reichsbehörden.

Berlin, 26. August. (W.L.B. Amtlich.) Die unter dem Vorsitz des Reichsministers geführten Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Mit ihrer Annahme darf heute gerechnet werden. Nach Verabredung mit den Führern der Reichstagsfraktionen

sollen die Beamtenbezüge alsbald nach Zustimmung des Reichsrats angewiesen werden. Die Zustimmung des Reichstags wird nachträglich eingeholt werden. Die Bedingungen lauten wie folgt:

1. Der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten wird für die ordentlichen Ortsklassen A auf 93, B auf 91, C 89, D 87, E 85 u. s. festgesetzt. Diese Erhöhung entspricht einer Verbesserung der Gesamtbezüge um 13% bis 20 v. H. in den Ortsklassen A bis E.

2. Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Dienstlohn neben Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Dienstlohn neben Teuerungszuschlag das Dienstlohn neben Teuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht.

3. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Dienstlohn neben Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag.

4. Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen werden in den Orten der Ortsklasse A auf 200 v. H., B und C auf 175, D und E auf 150 v. H. festgesetzt.

5. Die vorgenannten Teuerungszuschläge werden ab 1. August 1921 gewährt.

6. Die Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst werden erhöht.

7. Eine Einbehaltung der vorstehend bewilligten Erhöhungen zur Abdeckung noch nicht getigter feinerzeit gewährter Vorschüsse wird nicht stattfinden.

Für Angestellte finden die Ziffern 1, 4, 5 und 7 sinngemäß Anwendung.

Der bisherige Teuerungszuschlag für männliche Arbeiter über 21 Jahre wird vom 1. August ab pro Stunde um 1 Mark erhöht werden. Für Pensionäre und Hinterbliebenen werden die aus der Erhöhung des Teuerungszuschlages sich ergebenden Folgerungen gezogen.

Der Drang nach der proletarischen Einheitsfront

In einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Braunschweig forderte der mehrheitssozialistische braunschweigische Ernährungsminister Antritt zu einer Einheitsfront des gesamten Proletariats im bevorstehenden wirtschaftlichen Kampfe infolge der Lebensmittelpreiserhöhung auf. In einer Entschließung wurden die Steuerpläne der Reichsregierung als unannehmbar bezeichnet und der Rücktritt der sozialistischen Reichsminister und Auflösung des Reichstags erwartet, falls die Reichsregierung an ihrem Steuerprogramm festhält.

Keine direkte polnisch-deutsche Verständigung über Oberschlesien.

Paris, 25. August. „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Mitteilung der polnischen Gesandtschaft, welche die Nachricht, daß direkte Besprechungen zwischen Deutschland und Polen in der oberschlesischen Frage in Warschau beabsichtigt seien, und daß bereits über diesen Gegenstand Besprechungen in Berlin stattgefunden hätten, kategorisch dementiert.

Kausgekönnener Kappistengeneral.

Zeitz, 25. August. General von Lettow-Vorbeck, der zu einem Vortrag über die Kämpfe in Afrika hierher gekommen war, wurde beim Erscheinen in der Stadt von einer mehrere hundert Personen zählenden Volksmenge unter den Rufen „Hinanz aus Zeitz“, „Rassenmörder“ und ähnlichen Rufen gezwungen, die Stadt mit dem Abendzuge wieder zu verlassen.

Der ehrenwerte General, der während der Hamburger Kapp-Revolution eine besonders üble Rolle gespielt hat, ohne für seinen Hochverrat strafrechtlich belangt zu werden, darf sich wahrhaftig über diese wohlverdiente Diktung für sein provozierendes Auftreten nicht wundern. Die Märtyrerkrone, die ihm Blätter von der Sorte der „Danziger Neuesten Nachrichten“ wegen dieses Vorfalls aufzusetzen geneigt sind, besteht nur aus Löschpapier.

Neue Tarifregelung im deutschen Bergbau.

Den Morgenblättern zufolge finden zur Besprechung der neuen Tarifregelung im Bergbau heute und morgen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen statt. Der Vorsitz wird Reichsarbeitsminister Brauns führen.

Saargebiet — Oberschlesien.

Seit Monaten beschäftigt sich die große Öffentlichkeit mit der oberschlesischen Frage, die infolge der französischen Volksabstimmung noch nicht gefunden hat. Die oberschlesische Frage berührt zweifellos die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zurecht in erster Linie; handelt es sich doch hierbei um eine Existenzfrage Deutschlands. Eine ähnliche Bedeutung für Deutschland hat die Saarfrage, nur tritt sie leider wegen der besonderen Verhältnisse, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben, nicht so in den Vordergrund. Auch wird die Saarfrage durch die Tatsache, daß die endgültige Entscheidung erst im Jahre 1935 fallen soll, in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder abgelenkt, obwohl es notwendig wäre, immer und immer wieder auf die dortigen Zustände und die französischen Absichten hinzuweisen.

Betrachtet man die beiden Probleme, das Saargebiet und Oberschlesien, etwas genauer, so findet man bei beiden gleiche Tendenzen. Hier wie dort handelt es sich um eine Frage, die durch den Vertrag von Versailles aufgeworfen ist, hier wie dort spielen die Bodenschätze und der Industriereichtum dieser Gebiete eine Rolle, hier wie dort soll eine Volksabstimmung das endgültige Geschick des Gebietes bestimmen, hier wie dort spielt die Frage des Besitzes oder des Verlustes des Gebietes eine ausschlaggebende Rolle für Deutschland.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge beider Gebiete mit der deutschen Volkswirtschaft werden eigentlich von keiner Seite ernsthaft bezweifelt. Die geschichtlichen Zusammenhänge mit Deutschland können ohne Fälschung historischer Tatsachen weder von Briand noch von Clemenceau oder gar von Korfanto bestritten werden. Die Bevölkerung Oberschlesiens hat im März d. Js. sich fast mit zwei Dritteln aller abgegebenen Stimmen für Deutschland erklärt. Für das Saargebiet hat man die Abstimmung auf das Jahr 1935 verschoben, anscheinend in der Hoffnung, daß sich innerhalb dieses Zeitraumes Gelegenheit bieten würde, die Bevölkerung im antideutschen Sinne zu beeinflussen und den Einbruch des zu erwartenden deutschen Abstimmungssiegess durch den Hinweis auf die inzwischen zweifellos zahlreich eingewanderten fremden (französischen) Elemente zu verwirklichen.

Die Behauptung Clemenceaus, im Saargebiet wohnen 150 000 Franzosen, hat bekanntlich die unglückseligen Zustände des Saargebietes veranlaßt. Diese Behauptung ist eine Fälschung, die selbst der französische Propagandachef im Saargebiet, Major Richert, kürzlich unvorsichtigerweise als solche bezeichnet hat; denn tatsächlich wohnen im Saargebiet vor dem Kriege nicht 100 Nationalfranzosen, und auch heute dürfte die Zahl der Franzosenfreunde im Saargebiet kein halbes Tausend erreichen. Die vom Völkerbund ernannte Regierungskommission, die das Saargebiet unparteiisch verwalten soll, versucht allerdings mit allen Mitteln, dieses Verhältnis zugunsten Frankreichs zu ändern durch Massenausweisungen und durch Fernhaltung deutscher Personen und durch Erleichterung des Zuzugs und der Niederlassung von französischen Elementen.

So bleibt nur noch die Frage der Reparation, die einen eventuellen Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet begründen könnte. Aber auch dieser Punkt entscheidet zu ungunsten Frankreichs. Französische Seite ist wiederholt behauptet worden, das Saargebiet bilde mit Elsaß-Lothringen ein untrennbares wirtschaftliches Ganzes, deshalb müsse das Saargebiet aus Gründen der Wiederherstellung des französischen Wirtschaftslebens zu Elsaß-Lothringen gelagert werden. Auch diese Behauptung ist unzutreffend. Von der gesamten Kohlenproduktion des Saargebietes verbraucht bisher das Land mit seinen Industrien ungefähr 40 Prozent. Von dem Rest ging mehr als die Hälfte nach Süddeutschland (Württemberg, Baden, Bayern, Rheinland), und nur etwa 25 Prozent wanderten nach Lothringen, Frankreich, Italien und der Schweiz. Bei der ausgebreiteten Industrie des Saargebietes sind die wirtschaftlichen Zusammenhänge mit Deutschland noch deutlicher. Über 90 Prozent der gesamten Produktion fand ihren Absatz in Deutschland. Die jetzige ernste Krise in der Saarindustrie ist darauf zurückzuführen, daß französische Seite eine gewalttätige Umstellung nach Westen durch Einführung des Frankens versucht wurde. Durch die Einführung des Frankens in einem großen Teil der saarländischen Eisenindustrie wurde diese in Deutschland wegen der wesentlich höheren Preise konkurrenzunfähig, ein Absatz in Frankreich war aber unmöglich wegen der dort vorhandenen gleichgerichteten französischen Industrie. Auch machte sich bei den Absatzversuchen in Frankreich für die saarländische Industrie die bereits jetzt zutage tretende Überproduktion in der gesamten französischen Industrie bemerkbar. Diese Tatsachen haben die Saarindustrie aufs ernste erschüttert.

Der Friedensvertrag weist die Saargruben Frankreich mit Eigentum als Ertrag für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs zu. Damit ist ein Mittel gewährt, das weit über den Zweck und den Grundgedanken der Wiedergutmachung hinausgeht. Der Ausfall, den Frankreich durch diese ger-

stärkten Gruben erlitten hat, beträgt nach französischen Angaben in den ersten Jahren höchstens 18 Millionen Tonnen; der Gesamtanfall in den nächsten 10 Jahren wird 90 Millionen Tonnen nicht überschreiten. In diesen 10 Jahren erhält aber Frankreich aus den Saargruben zum eigenen Verbrauch mindestens 70—80 Millionen Tonnen, an Reparationskohle von Deutschland weitere 60—70 Millionen Tonnen, also 130—140 Millionen Tonnen, d. h. ungefähr 50 Prozent mehr als sein Produktionsanfall infolge des Krieges beträgt. Darüber hinaus erhält aber Frankreich mit den Saargruben auch noch die volle Kohlenzufuhr der Gruben, die mindestens 11 Milliarden Tonnen, d. h. ungefähr 120 mal so viel beträgt, wie der ganze französische Produktionsanfall. Außerdem sind ihm durch den Erwerb von Lothringen ausgedehnte Erzgruben zugefallen, wodurch es eines der ergiebigsten Länder geworden ist. Diese Tatsachen beweisen wohl zur Genüge, daß der Erwerb der Saargruben für Frankreich über den eigentlichen Zweck, die Reparation, hinaus handelsimperialistische Ziele dient, die Frankreich mit immer hervortretender Deutlichkeit verfolgt.

Trotz aller Ablehnungen und trotz aller schönen Reden Briand's über die von Frankreich in Oberschlesien vertretene Berechtigung erkennt man doch immer mehr auch außerhalb Deutschlands, daß neben den politischen Zielen Frankreich in Oberschlesien und im Saargebiet wirtschaftspolitische Zwecke verfolgt, die langsam den Wirtschaftszielen anderer Staaten gefährlich zu werden drohen.

Die Methoden, die Frankreich sowohl im Saargebiet wie in Oberschlesien zur sogenannten „friedlichen Durchdringung“ anwendet, sind im wesentlichen die gleichen. Die französischen Besatzungstruppen spielen dabei die Hauptrolle; daneben die Mundstimmung der Bevölkerung, die Anbelagerung der Presse, die Ausweisung mißliebiger Personen, die Irreführung der öffentlichen Meinung.

Die Vorgänge in diesen beiden deutschen Gebieten, in denen französischer Imperialismus das Selbstbestimmungsrecht in brutaler Weise vergewaltigen will, verdienen die ständige Aufmerksamkeit der deutschen und der Öffentlichkeit des Auslandes. Bedeutet doch das Verhalten der Franzosen im Saargebiet und in Oberschlesien nichts anderes als die Wiederaufrichtung des extremsten Absolutismus, die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die Verletzung des Begriffs der Demokratie.

Die Verpachtung der Staatsbetriebe in Sowjetrußland.

D. E. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat zu dem Dekret über die Verpachtung der Staatsbetriebe eine Instruktion veröffentlicht für die Gouvernements-Volkswirtschaftsräte, die in der Regel mit dem Abschluß der Pachtverträge beauftragt werden. Danach sind nicht nur stillgelegte und wenig intensiv arbeitende, sondern auch solche Betriebe zu verpachten, die ihr Produktionsprogramm zwar erfüllen, deren Produktivität aber durch private Initiative erheblich gesteigert werden könnte. Nach Möglichkeit sind solide Genossenschaftsverbände privaten Unternehmern vorzuziehen. Ausländer und die früheren Besitzer sind anderen Privatbetribern gleichzustellen, in dessen macht die Instruktion darauf aufmerksam, daß letztere schätzenswerte Kenntnisse der lokalen Verhältnisse besitzen können. Die Pächtern können nur dann längere sein, wenn die Pächter größere Reparaturen oder Neuanlagen zu machen haben. Für die Dauer von über sechs Jahren können Pachtverträge nur nach Genehmigung des Obersten Volkswirtschaftsrates abgeschlossen werden. Die Pächter haben keine Reparaturlast und keine Bedarfsartikel für die Belegschaft der Betriebe zu beanspruchen und können vom Staat Materialien nur auf Grund von besonderen Vereinbarungen erhalten. Der Pachtzins ist in Goldform oder als Anteil des Staates an der Produktion in jedem Einzelfall besonders zu bestimmen. Bei Vertragsverletzung muß gegen den Pächter gerichtlich vorgegangen werden.

Granatplitter = 1/2 Pfd. 10 Mark.

Von Paul Haupt.

Hinter der breiten, prägnanten Schaufensterleiste, inmitten von Porzellan- und Kristallgeschäften mit feinstem Konfekt und feinsten Schokoladen gefüllt, steht das Schild: Feinste Granatplitter, 1/2 Pfd. 10 Mark. Kühn thront es auf den „Granatplittern“, braunen, schokoladenüberzogenen Mandelfrüchten oder so etwas ähnliches.

Abends, wenn die Sonnenhitze nicht mehr so grell über Asphalt und Steinen liegt, promenieren die gutgekleideten, gelangweilten „besseren“ Damen und Mädchen, die noch irgendwas in der Stadt zurückhält, durch die reiche Geschäftsstraße, mädeln hier vor dem Schaufenster, kaufen da und dort, bedauern meist. Es seien Granatplitter bei berühmten Jungen sehr beliebt, hat mir der Schwertragebeschädigte, der an der Kasse im „Granatplitterladen“ paraden, „feinsten Konfektgeschäft am Blake“ (eigene Schokoladenfabrik), sagt, verraten.

Auf dem hohen Dreieck hinter der eleganten Mahagonikasse blickt er Tag für Tag, streicht das Geld meist aus wohlmanikürten Händen mit einem höflichen „Danke sehr“ ein, prempelt die Empfangsgeldscheine, reicht sie mit einem ebenso höflichen „Bitte sehr“ wieder hin. Manchmal, wenn er das schöne Wort „Granatplitter“ auf einem Zettel liest, kommt ihm eine Erinnerung.

Die breite, sonnenbeschattete Straße weitet sich zu weiter, leuchtensaubere Gasse. Statt der Häuser steigen niedere, in der Sommerhitze schmerzhaft blendende Kalkbänke an der Landstraße hoch, grubenburchig, trichterförmig mit Zementbelag. In der flimmernden heißen Luft liegt eine brutale, betörende Schwüle; Schwüle, nicht nur von der Hitze her. Am wolkenlosen Himmel stehen gelbe Striche Adelskalkens. Und wenn über die Landstraße, die ein weißer Staub, ein gelbes Licht, ein paar Felder oder ein Wagen, ein Gehege von einer unsichtbaren Felleis dahinhastet, blüht es an einem der Balkone auf. Irgendein Abschied, Surren und Seulen durch die Luft, Bersten, ein schwarzer Hauch in die Straße, wie eine Wolke wehen

gen werden. Durch die Kontrolle der Behörden soll die Wirtschaftsführung des Pächters nicht gehindert werden, Requisitionen und Konfiskationen seiner Vorräte und Erzeugnisse können nur vom Gericht verfügt werden.

Demgegenüber tritt in der Moskauer „Pravda“ der sowjetrussische Wirtschaftler Barin für eine möglichst vorsichtige Handhabung des Dekretes über die Verpachtung von Industriebetrieben an Privatunternehmer ein. Der Sowjetstaat dürfe überhaupt „nur mit Rühnheitsfällen“ an eine solche Verpachtung herantreten; man dürfe nur im äußersten Notfalle zur Verpachtung schreiten, wenn absolut keine Möglichkeit für eine staatliche Bewirtschaftung bestehe.

Mißstimmung der Bolschewiki gegen Amerika.

Kopenhagen, 24. Aug. Die „Politiken“ aus Kopenhagen meldet, schenkt man in russischen Regierungskreisen nicht besonders befriedigt zu sein über die Uebereinkunft, die zwischen Litvinow und Brown abgeschlossen worden ist. Für besonders gefährlich hält man die amerikanische Kontrolle der Produktion der Produktion, da sie nach Ansicht der Kommunisten eine indirekte Einmischung in die Angelegenheiten Sowjetrußlands bedeutet. Nach einer Rigauer Meldung treten in der Moskauer Kommunistenpartei starke Gegenstände hervor. Der linke Flügel ist unzufrieden mit der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung.

Neue Verhandlungen Kossins in Berlin.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ ergänzt seine kürzlich gebrachte Meldung über ein englisch-amerikanisch-russisches Wirtschaftsabkommen durch die Nachricht, daß Kossin in den nächsten Tagen nach Berlin kommen werde, um dort mit englischen und deutschen Geschäftseleuten zu verhandeln.

Polnische Stimmen gegen deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen.

D. E. Die Nachricht der Berliner Presse, daß polnische Seite ein Fühler wegen deutscher Wirtschaftszugeständnisse ausgestreckt worden sei, ruft die Erregung der besonders frankophilen Presseorgane hervor, die jeherlei Verhandlungen mit Deutschland verurteilen und verlangen, daß die Regierung die Nachricht baldigst dementiere.

Der Moskauer polnische Gesandte Ignat Philippowitsch, der erst Anfang August in Moskau eingetroffen war, ist wieder aus Moskau abgereist und wird in Warschau erwartet. Philippowitsch wird sich mehrere Tage in Warschau aufhalten, um einen ausführlichen Bericht über die Lage in Sowjetrußland zu erstatten. Anfang nächster Woche kehrt er auf seinen Posten nach Moskau zurück.

Handelstransporte nach Sibirien durch das Eismeer.

D. E. Der Leiter der sowjetrussischen Expedition, die aus englischen, norwegischen und russischen Schiffen besteht und durch das Nordliche Eismeer nach Nordibirien mit Warenladungen aus Hamburg, Liverpool und Göteborg unterwegs ist, Kapitän Sverdrup, ist auf dem russischen Eisbrecher „Lenin“ in Tromsø eingetroffen; hier soll die Mannschaft ergänzt werden, worauf der Eisbrecher die übrigen schon früher in See gegangenen Schiffe einholen soll. Der Eisbrecher „Lenin“ war noch von der provisorischen russischen Regierung in London gekauft worden; die Uebergabe des Schiffes an die Sowjetregierung erfolgte auf Grund des englisch-russischen Handelsvertrages.

Ergebnisse der Zollsperr.

Das Ein- und Ausfuhramt in Bad Ems hat, wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt, durch die Einnahmen für Ein- und Ausfuhrbewilligungen einen Ueberschuß von 40 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Zollstränge an der Rheingrenze haben 450 Millionen Mark betragen, von denen noch einige Millionen Mark Unkosten abgezogen sind.

Eine Internationale Vereinigung geistiger Arbeiter.

Wie die Blätter aus Brüssel melden, hat der dort tagende Kongreß der geistigen Arbeiter eine Resolution angenommen, in der es heißt: 1. Der Kongreß ermächtigt den Entwurf für eine internationale Vereinigung geistiger Arbeiter, 2. der internationalen Arbeitervereinigung das Mandat, in den verschiedenen Ländern dafür zu wirken, daß in jedem Lande eine zentrale Organisation geistiger Arbeiter, die der internationalen Vereinigung angehört, zustande kommt, und gibt 3. der internationalen Vereinigung den Auftrag, sofort mit den Organisationen des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsbureaus bezüglich der eben genannten Fragen in Verbindung zu treten.

Auf den ersten Blick wird man geneigt sein, eine solche Vereinigung als neue Zersplitterung der Arbeiterinternationale anzusehen. Es handelt sich hier aber vermutlich um einen — begrüßenswerten — Zusammenschluß von nicht sozialistischen Kreisen, die zu ihrem Teile neben den bereits bestehenden Organisationen bei der Verständigung und Verbesserung der Völker mitwirken wollen.

Die Parade der kaisertreuen Kriegsschwärmer.

Vorgestern nachmittag fand im Berliner Stadion der vom Nationalverband deutscher Offiziere und von dem Verband nationalgeistlicher Soldaten veranstaltete Frontkämpferparade statt. Der Vorbeimarsch der ehemaligen Frontkämpfer, die von dem Prinzen Eitel Friedrich geführt wurden, wurde von General Ludendorff abgenommen. Darauf hielt General Graf von der Goltz eine Ansprache und brachte Telegramme des ehemaligen Kaisers und Hindenburgs zur Verlesung. Das Fest schloß mit Zapfenschrei und Fackelzug.

Für einen modernen Antiklothesen dürfte sich kaum ein köstlicherer Komödienstoff finden lassen.

Kleine Nachrichten.

Streik in den Kleinen Kleinbetrieben.

In Kiel sind die Verhandlungen zwischen dem Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Bunde der Arbeitgeber über die Gewährung von Feuerungszulagen für die in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer am Montagabend gescheitert. Sämtliche Berufsgruppen haben darauf noch am Montagabend in Versammlungen Stellung zur Lage genommen und beschlossen, am Dienstag in den Streik einzutreten, da die Angebote der Arbeitgeber für unannehmbar erklärt wurden. Der Streik ist darauf am Dienstag morgen ausgebrochen.

Wilde Streiks in Groß-Salze. In Groß-Salze und Bad Ems, wo am Sonntag der Ueberfall auf die an der Feier des Vereins Stahlfabrik teilnehmenden Personen stattfand, sind wilde Streiks ausgebrochen. Das Elektrizitätswerk in Groß-Salze ist stillgelegt. Der Kurbetrieb in Ems ist eingestellt. Auf Anordnung der Regierung ist die technische Hilfe zu Hilfe gerufen worden.

Der unabhängige sozialistische Stadtrat Kasten in Groß-Salze wurde gestern unter dem Verdacht der Rädelsführerschaft bei dem Ueberfall anlässlich der Stahlfabrikfeier verhaftet.

Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter in Straßburg wurde als Sympathiestreik für die seit mehreren Wochen ausständigen Metallarbeiter unternommen. Da es nicht möglich war, zu einer Verständigung mit der Gewerkschaftskammer zu kommen, hatten die Arbeitgeber den Präsidenten um Vermittlung ersucht, aber die Gewerkschaftskammer lehnte die Vermittlung ab. Darauf beschlossen die Elektrizitätsarbeiter in einer nächtlichen Versammlung, sofort in den Ausstand zu treten.

Neue Funkstation in Belgien. Nach einer Matin-Meldung aus Brüssel wird eine mächtige Funkstation in Rousselaere errichtet.

„Öffnen Sie Ihre Handtasche!“

Puterrot drückt sie ihre Handtasche mit zitternden Händen an sich. Der Chef reißt sie ihr fort, öffnet sie und hält ihr triumphierend eine gefüllte Konfettüte vor das Gesicht. „Granatplitter. Das teuerste Konfekt. Wissen Sie, was passiert, wenn ich (mit entrüsteter Stimme:) Ihre Diebstahl anzeige?“

Sie ist dem Weinen nahe.

„Bringen Sie die Dose, wie sie ist, persönlich in meine Privatwohnung! Wenn Sie es mir nicht wiedergeben, muß ich Sie anzeigen.“

Er brückt sich sehr vorsichtig aus, der wohlhabende, ehrsame Herr Chef; es genügt auch, sie weiß, was er will. „Ach, Verzeihung, ich kann wohl das Konfekt gleich an mich nehmen. Dann brauchen sich Herr Chef nicht erst in der Privatwohnung durch „geschäftliche Angelegenheiten“ stören zu lassen.“

Der Kriegsbeschädigte, gerade dabei, die Hintertür abzuschließen, hat den Vorfall unbemerkt mit angehört. Nun sind beide puterrot, der Chef und das „Mädel“.

„Ach so. Hm — natürlich — um so besser. Wiegen Sie aber genau ab. Meiner vornehmen Kundenschaft kann ich natürlich nicht mehr verkaufen, was mein Beihmüdel in den Händen gehabt. Das geht von ihrem Lohn ab. Die Anzeige werde ich mir noch mal überlegen.“

Er ist wieder ganz Würde, ganz der „wohlwollende Herr Chef“. Mit einem herablassenden Gruß verschwindet er. Das Beihmüdel steht noch wie mit Blut übergossen da. Der Kriegsbeschädigte mahnt ernst:

„Sehn Sie, Fräulein, Granatplitter sind so armen Leuten wie uns sehr gefährlich. Wir haben sie den Arm zerissen — und jungen, ledernen Dingen können sie noch gefährlicher werden.“

Der Chef ist nicht mehr wohlwollend, er ist sehr wütend, als er sich außer Sichtweite glaubt. Der Kerl, der Einarmige, gefällt ihm schon lange nicht mehr. Wie ein Pastor stand er da! Und die unverschämte Ironie! Wenn man nur einen Grund fände, ihn zu entlassen! Werde die Bestimmung, daß man Schwertragebeschädigte nicht entlassen darf!

Gegen die Steigerung der Fleischpreise.

des vom Schlachthofdirektor in diesem Schreiben angegebenen
Mitteln der Preiskürzerung scheinen uns doch nicht ganz
hinlänglich zu sein. Die Hauptursache ist auch hierbei wieder das
übermäßige Profitstreben der Agrarier und Händler. Dies erhebt auch
da hier wieder ausstehende Laffache, daß sich unsere sonst so
„national“ handelnden Agrarier ihre Produkte rückwärts ins
Inland schmeißen, wenn ihnen im Freistaat nicht die gleich
hohen Preise gezahlt werden. Dieser vollkommene Bankrott
des Nationalgefühls ist in den Agrarien anfänglich der Getreide-
erhöhung auch vom Senat öffentlich bestätigt worden, indem
er immer wieder erklärte, daß der Freistaat ebenfalls die hohen
Auslandpreise zahlen müsse, da sonst die Agrarier das Getreide
ins Ausland verschicken. Der Senat gab auch damals schon zu
den ungenügenden finanziellen Mitteln aufwenden mußte, um be-
stehenden Preiskürzungen die Verschickungen ins Ausland zu
verhindern. Freiwillig ist von den Agrariern die Vierung der
Preise zu ungenügenden Preisen nicht zu erwarten und anderer

Ein unredlicher Postauswelfer. Der Holzarbeiter Emil B. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Unterschlagung und Betruges zu verantworten. Er war Postauswelfer in Danzig und beging auf der Post Unredlichkeiten. Ein Adressat erwartete aus Amerika einen Brief und fragte den Angeklagten wiederholt nach diesem Briefe. Die Antwort lautete, daß der Brief noch nicht eingegangen sei. In Wirklichkeit war der Brief aber da und der Angeklagte hatte ihn unterschlagen und eine 20-Dollar-Note herausgenommen. Ferner unterschlug er eine Nachnahmenebung mit Streichriemen zu seinen Gunsten. Eine Postkellertasche nahm er nach Hause um mit ihr Kartoffeln zu transportieren. Das Gericht verurtheilte ihn wegen Unterschlagung und Betruges zu 7 Monaten Gefängniß.

Vor allen Dingen ist notwendig, daß in Gemeinschaft mit den Gastwirt- und Gutsbesitzern Anordnungen getroffen werden, die einheitliche Verhältnisse schaffen. Die heutige Sachlage ist verwirrend. Der eine Wirt gibt völlige Abschaffung der Trinkgelder bekannt, der andre erhebt Prozentzuschläge, der dritte gibt Auslassungsprozente, der vierte will von einer Abschöpfung des Trinkgeldes überhaupt nichts wissen. Bei energischem Willen aus beiden Seiten muß auf einheitlicher Basis eine Verständigung geschaffen werden. Von beiden Parteien anerkannte paritätische Arbeitsnachweise dürfen nur Personal zu festen Löhnen vermitteln. Der gewerkschaftliche Stellennachweis (auch der geheime) darf von keinem Organisationsangehörigen in Anspruch genommen werden. Ro-

Roman von Hpton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Ich blühte in die Augen des anderen, wohl wissend, daß für
den meine Leben oder Tod von keinem Nutzen abhänge. Ich, we-
der seine Antwort.“

Sal erfuhr niemals was Percy in jener Nacht zu Garthwright
sagte, er wußte wohl, daß er ihn sofort nach seiner Ankunft

Perch lud Hal und Alfis Skating ein, die Nacht im Zug zu verbringen, doch lehnte Hal dies ab. Er sei zu schmutzig, sagte er, außerdem wolle er bei Morgengrauen aufstehen, um als einer der ersten in den Schacht einzudringen. Perch erwiderte, daß der Oberflüßigen genug dieses Plan sein Veto einlegen habe, um erfahrene

Ein Gedankenreiter strömte in sein Gehirn: die Außenwelt, ferne Welt, die er einige Monate aus seinem Geißl verbannt, und an die er sich nun gewöhnlicher Weise erinnern mußte. Was er diesen Sommer untergenommen, hatte so einfach geschehen: einen anderen Namen anzunehmen, Mitglied einer andere Klasse zu werden, deren Leben zu leben, deren Gedanken zu denken und dann in die eigene Welt zurückzukehren, bereichert um ein neues, spannen des Abenteuer!

(Fortsetzung folgt.)

Die Berufsorganisationen müssen darüber wachen, daß die geltenden Bestimmungen durchgeführt werden. Es darf nicht vor- kommen, daß der unabhängige Arbeiter durch unrichtige Aussagen in Nachteil gerät. Auch ist den Angehörigen zu empfehlen, den höf- lichen Ton zu wahren, so daß der Staat seine unterschiedliche Be- handlung empfindet. Die Berufsvereine zu fruchtigen und auszu- bauen, ist die vornehmste Aufgabe aller Gastwirtsgehilfen, damit die Pächterseiter keinen Schaden anrichten können. Ziel gewerkschaftliche Erziehungsbereit auf die Prinzipien zu betreiben, zumal der ärztliche Teil der Mitgliedschaft wenig gewerkschaftlich geschult ist. Aber mit energiegeladem Willen, Ausdauer und unerschütter- lichen Führen wird es allmählich gelingen, diese Reihe zu befehi- gen. Jeder sozial Empfindende wird den Gastwirtsangehörigen in dem Kampf um die Forderung der Standesbewusstseins gern seine Hilfe leisten.

Anschließend einer vor dem Schlichtungsausschuß in München stattgefundenen Verhandlung über Verbesserung im Münchener Großhandel machte der Arbeitgebervertreter Dr. Engel interessante Feststellungen auf Grund genauer Unterlagen über die Organisationszugehörigkeit der einzelnen Arbeitnehmer im Großhandel, die insbesondere bei der freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung ein erhebliches Bild aufweisen. Er hobte fest, daß im Großhandel 270 Betriebe mit rund 3600 Arbeitnehmern (kaufmännische Angestellte) in Frage kommen, wovon 800 dem Transnationalen Handelsgewerkschaftsverband, 200 dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (Christlich-Sozialer Richtung) und rund 1800 dem Zentralverband der Angestellten angehören. Die großhändlerischen Löhne des Transnationalen Handelsgewerkschaftsverbandes und des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten sind damit sogar aus dem Munde eines Arbeitgeber-Vertreters widerlegt. Wenn auch die Galanterie-Geschäfte und -Händler mit allen möglichen Flügen und Verbergschweifungen gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen unter Verwendung von ungeheuren Geldmitteln arbeiten, so steht doch nach jeder Richtung hin einwandfrei fest, daß die freigewerkschaftliche Idee nunmehr auch in den Kreisen der Angestellten in überwiegendem Maße Fuß gefaßt hat und immer weiter schreitet, trotz aller gegenteiligen Behauptungen.

Thermols verboten. Unser Duisburger Vorkriegsorgan, die „Folkstimme“, ist am Montag von der Besatzungsmacht zum zweiten Male auf acht Tage verboten worden. Als Grund wird ein Artikel, der für die Aufhebung der Zensuren eintritt, und in dem u. a. auch die Besatzungsgruppen angegriffen worden sein sollen, bezeichnet.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Seefischer „Frieden-
ritze“ Befehl erhalten, in Eile zu gehen, um Verstecke angestrichen,
ob man Eisbären durch Torpedos vernichten konnte. Diese Nachricht
lieferte die Aufmerksamkeit wieder auf die Arbeit der internationalen
Gispatronen. Nach dem Untergang der „Titanic“, der ja am
14. April 1912 infolge des Zusammenstoßes mit einem Eisberg ver-
sank, wurde sie durch eine internationale Vernehmung unter den
Machern und Fischen gerufen. Danach sollte der nördliche Teil des
Atlantischen Ozeans während des Spätminors, des Frühjahrs und
der ersten Sommermonate regelmäßig auf die Kimmstellen von
Eisbergen hin abgesehen werden. Das Patrouillieren der Torpedigen
sollte in diesem Bereich einen besonderen Dienst sein, der als
„Gispatrouille“ bekannt ist. Vom Winter bis oft fast in den Juli
hinein beschäftigen sich mehrere Boote des amerikanischen Küsten-
wachdienstes damit, auf Eisberge Jagd zu machen, um Verbit, die
Personen, Rührtheit und Unverwundbarkeit menschliche Gefährdung ver-
langt. Während die anderen Seefahrer das Eis so viel als möglich
meiden, sucht die Patrouille seine Nähe und bewacht sie, manchmal

Der Weg zum Millionär. Wie leicht es heute ist, Millionär zu werden, zeigt eine im Schabacher in Wien durchgeführte Untersuchung wegen Polteinsamung. Der Kaiserinspektor der Eisenbahnverwaltung am Schabacher bemerkte färglich einer Geiten, der nach dem Aufstellungen der zum nächsten Speisewagen kam. Daß ihm dem Verdarmen verdächtig vor, und er hielt den Kassehalter zur Kasse an. Er fand in seiner Hosentasche eine offene Tonne kleine goldener Kassen. In 1000 Kronen. Der Kassehalter hat als der Kasse der Eisenbahnverwaltung. Schabacher Josef Komar. Er fand, daß er das Geld auf seiner Kasse nach Kasse habe umrechnen wollen, um es in der nächsten Kasse zu geben. Er hat umrechnen. Die Kasse hat er in 1000 Kronen nach Wien gebracht und hat mit demselben Kasse weiterverkauft. Es wurde festgestellt, daß an diesem Kasse ein Kasse der Kaiserinspektor der Eisenbahnverwaltung. Komar ist nicht. Eine genaue Kasse der Speisewagen. Der Kasse der Kasse und besonders der Kasse und Verkauft. Die Kasse der Kasse hat große Summen in Kasse. Die Kasse und in ausländischen Kasse zum Verkauf, die Kasse wurden. Die Kasse ergaben, daß außer Komar

Zeppelinluftschiff „Nordstern“ wieder hergestellt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß das frühere deutsche Zeppelinluftschiff „Nordstern“, das vor einigen Wochen schwer beschädigt wurde, so daß eine deutsche Mannschaft nach Paris geholt werden mußte, jetzt wieder hergestellt ist, daß es den regelmäßigen Dienst zwischen Frankreich und Algerien wieder übernehmen kann.

Das U-Boot im Dienste der Meeresforschung. Zur Vornahme von Forschungen bis zu 100 Meter unter dem Meeresspiegel soll ein Kraischik im Unterseeboot von 18,8 Meter Länge, 2,9 Meter höchster Durchmesser und 50 Tonnen Wasserverdrängung in den Tauch der Luftkammer gesenkt werden. Das Boot wird ausschließlich, elektrisch angetrieben; der Motor verleiht ihm eine Geschwindigkeit von 6 Knoten auf der Oberfläche und 4,7 Knoten untergetaucht. Ferner ist das Boot mit der notwendigen Ausrüstung zur Meeresforschung versehen, und mit starken Seitenlichtern, durch welche die Vorgänge unter dem Wasser beobachtet werden können. Auch die nöthigen Vorrichtungen vorhanden sind, um Wasser und andere Objecte zu Prüfungszwecken unter Wasser aufzunehmen. Ist selbstverständlich.

Danziger Nachrichten.

Einpruch Danzigs gegen die Eisenbahn-Verteilung.

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung beschloffen, gegen die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes vom 15. August 1921 in der Eisenbahnfrage gemäß Art. 39 der Danzig-Polnischen Konvention Appell an den Rat des Völkerbundes einzulegen, nachdem die in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt haben. Die Berufung Danzigs wird sich in der Hauptsache richten:

1. gegen die Entscheidung, nach der der Freien Stadt Danzig lediglich die Straßenbahnen und Schmalspurbahnen in ihrem Gebiet zugewiesen werden,
2. gegen die Ueberweisung der Verwaltung, der Instandhaltung und des Betriebes der Hafenausfahr-Bahnen an die polnische Verwaltung,
3. gegen die Zuweisung des Eisenbahn-Direktionsgebäudes an Polen,
4. gegen die Zuteilung der Verwaltung der Eisenbahn-Hauptwerkstätte an Polen.

Erklärungserfüllung oder Wortbruch?

In der Sitzung des Volkstages vom 6. August hat beinahe der Volkstagspräsident Dr. Matthaai die Erklärung abgegeben, daß er sein Amt als Präsident niederlege. Er hat gleichzeitig die notwendigen Vorbereitungen für die Neuwahl zu treffen. Da die bürgerlichen Parteien den heutigen Volkstag weiterführen wollten, mußte es Aufgabe einer der ersten Sitzungen nach den Ferien sein, die Wahl eines neuen Präsidenten vorzunehmen. Nach uns gemachten zuverlässigen Mitteilungen wird jedoch von selten bürgerlicher Abgeordneter darauf hingearbeitet, Dr. Matthaai von seinem Vorhaben abzubringen und ihn zur Weiterführung des Amtes zu bewegen. Man will unter Umständen, um ihm den Wortbruch nicht allzu schwer werden zu lassen, zwar eine Neuwahl vornehmen, jedoch Dr. Matthaai wiedewählen.

Die bürgerlichen Parteien und Dr. Matthaai hätten es schließlich mit sich abzumachen, wenn sie durch solche Manöver die Unaufrichtigkeit abgegebener Erklärungen illustrieren. Dem Parlament kann es jedoch nicht gleichgültig sein, daß der Präsident, der durch die unerschöpfliche Preisgabe der Polizeigewalt im Volkstage die größte Schuld an der ungeseligen Verhöhnung der beiden Abgeordneten trägt, weiterhin im Amt bleibt, obwohl er selbst das Unhaltbare seiner Position eingesehen hat. Die außerdem noch nicht allzu reibungslose Geschäftsführung durch Dr. Matthaai spielt in diesem Zusammenhang zwar keine Rolle, doch sollte sie für die bürgerlichen Parteien ein Grund mehr sein, Dr. Matthaai nicht auf dem Präsidentenstuhl zu halten.

Lohnkampf der Eisenbahner.

Gestern abend hielten im Werkspelschhaus die beiden Großorganisationen der Eisenbahner (Deutscher Eisenbahnerverband und die Gewerkschaft der christlichen Eisenbahner) eine überaus stark besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung ab, in der zu den Lohnverhandlungen Stellung genommen wurde. Die Kollegen Klein (Gewerkschaft christlicher Eisenbahner) und Roggenbuck (Deutscher Eisenbahnerverband) gaben den Bericht der Lohnkommission. An der Diskussion beteiligte sich eine große Anzahl Kollegen beider Richtungen, die alle für die Ablehnung des Angebots waren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 26. August von der Gewerkschaft der christlichen Eisenbahner, Wasserbau- und Eisenbahnervereinen und dem Deutschen Eisenbahnerverband stark besuchte Versammlung lehnt das Angebot des Senats ab. Sie bezeichnet die von der Lohnkommission vertretene Forderung als Mindestforderung, für die sie zu kämpfen bereit ist.“

Abgeänderter Tarifvertrag für den Groß- und Kleinhandel in Danzig.

Zwischen dem Bund der Arbeitgeberverbände im Handelsgewerbe für Danzig und Umgebung mit Ausnahme des Detailhandelsverbandes der Kolonialwarenbranche und den beteiligten Angestellten-Gewerkschaften sind am 24. August zu dem Tarifvertrage für den Groß- und Kleinhandel vom 26. April 1920 und unter Abänderung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses vom 24. Dezember 1920 folgende Änderungen vereinbart worden:

Die monatliche Aufwandsentschädigung für Beihilfen beträgt: im ersten Lebensjahr 100.— M., im zweiten Lebensjahr 150.— M., und im dritten Lebensjahr 200.— M.

Die Mindestgehälter des Schiedsspruches vom 14. Dezember 1920 werden wie folgt erhöht: für unverheiratete Angestellte um 15 Prozent, für verheiratete Angestellte um 20 Prozent. Der Zuschlag für Verheiratete männliche Angestellte und Witwen mit einem oder mehreren Kindern wird von 180.— M. auf 180.— M. monatlich festgesetzt. Für solche Personen, die unter Berufswechsel oder infolge wirtschaftlicher Umstellung ausnahmsweise ohne rechtliche Beihilfe als Angestellte eingestellt werden, werden folgende Mindestgehälter festgesetzt: im ersten Berufsjahr 300.— M., im zweiten Berufsjahr 375.— M., und im dritten Berufsjahr 450.— M. monatlich. Diese Erhöhungen treten mit dem 15. August 1921 in Kraft.

Der Danziger Passagier-Dampferverkehr über See.

Der Norddeutsche Lloyd, Zweigniederlassung Danzig, hat am 24. August 1921, teils und zur Klärung über den von ihm betriebenen Seeverkehr folgendes mit: Der Dampfer „Guthrie“ wird jeden Mittwoch und Samstag vormittags 10.30 Uhr nach London ab Danzig-Pranitz, ab Joppe 11.30 Uhr, an Swinemünde 4.00 Uhr morgens. In Swinemünde können die Passagiere sofort in den längsten des Schiffes haltenden Zug einsteigen, welcher ab 5.10 Uhr von Swinemünde abfährt und um 9.00 Uhr vormittags in Berlin eintrifft. In Berlin und Berlin günstige Verbindungen nach allen Teilen Deutschlands. Die Rückreise von Swinemünde erfolgt jeden Montag und Donnerstag und zwar ab Swinemünde 10.30 Uhr abends, nach Ankunft des Berliner Zuges, welcher 6.30 Uhr von Berlin, Berliner Bahnhof abfährt und 10.20 Uhr abends längst des Dampfers ankommt. Größter Dampfer Joppe Dienstag und Freitag nachmittags gegen 1 Uhr und Danzig gegen 4 Uhr nachmittags. Dampfer „Rhin“ des Norddeutschen Lloyd fährt nach Pillau und Eibau jeden Mittwoch vormittags 11 Uhr. Ankunft in Pillau 4 Uhr nachmittags, Zugantrieb nach Königsberg.

Ankunft in Königsberg 3.30 Uhr nachmittags. Abfahrt des Dampfers von Pillau 7 Uhr abends. Ankunft in Eibau Donnerstag 7 Uhr morgens. Abfahrt jeden Montag, morgens 6 Uhr von Eibau an und von Pillau am Dienstag 11 Uhr vormittags. Zugantrieb von Königsberg, Danzig erreicht Dampfer „Rhin“ Dienstag nachmittags 4 Uhr.

Jeden Montag Abfahrt des Dampfers „Thor“ der Hamburg-Amerika-Linie nach Pillau, Memel und Eibau. Abfahrt von Danzig um 11 Uhr vormittags, Ankunft in Pillau 4 Uhr nachmittags, Ankunft in Königsberg 6.20 Uhr abends. Dampfer „Thor“ verläßt Eibau auf der Rückreise Donnerstag 7.30 Uhr vormittags, Pillau Freitag 11 Uhr vormittags und ist in Danzig Freitag nachmittags 4 Uhr.

Zur Verteilung der Danziger Eisenbahnen

wird die heute, Freitag abends 6 1/2 Uhr in der Aula der Petrischule, Hauptplatz, stattfindende Mitglieder-Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Stellung nehmen.

Die außerordentliche Bedeutung dieser Frage erfordert vollzähliges Erscheinen der Parteimitglieder.

Protestveranstaltungen gegen die Verteilung der Eisenbahnen. Heute abend 6 Uhr finden die vom Danziger Heimatdienst veranstalteten Protestveranstaltungen in der Sporthalle, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus, Werkspelschhaus und Gewerbehause statt.

Sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat Genosse Max Behrend. Die sozialdemokratische Fraktion wie auch die Stadtverordnetenversammlung verliert in ihm einen eifrigen und gewissenhaften Mitarbeiter, der sich die nachdrückliche Vertretung der Interessen der werktätigen Bevölkerung, besonders auch der Kriegsbeschädigten in sachlicher Arbeit unter Förderung des Gemeinwohls stets angelegen sein ließ. Als Ersatz für ihn kommt als nächster Kandidat der bekanntlich mit den Unabhängigen gemeinsam aufgestellten Kandidatenliste Genosse Alchowski in Frage.

Die erhöhte Brotgelbzulage.

Die „D. N. R.“ teilen mit: Der Senat hat unter dem 19. August folgenden Beschluß gefaßt: „Für alle Arbeiter, die aus Staatsmitteln entlohnt werden, wird mit Wirkung vom 15. August 1921 an die bestehende Brotgelbzulage um täglich 1,20 M. erhöht, so daß die Gesamtbrotszulage bis auf weiteres 0,90 + 1,20 + 1,20 = 3,30 M. beträgt. Männliche und weibliche Arbeiter unter 18 Jahren sowie Beihilfene erhalten die Hälfte der vorstehenden Zulagen. Deputierten erhalten die Brotgelbzulage nicht, da sie von der Brotpreis-erhöhung nicht betroffen werden.“

Daß mit dieser „Erhöhung“ der Brotgelbzulage der letzten Teuerungswelle auch nur annähernd Rechnung getragen ist, glauben die Mitglieder des Senats sicherlich selbst nicht.

Heim-Einweihung der Arbeiterjugend-Langfuhr.

Die Einweihung des Jugendheims der Ortsgruppe Langfuhr des Vereins „Arbeiterjugend“, die Mittwoch abend unter sehr starker Beteiligung von Angehörigen der Partei und Jugendfreunden vorgenommen wurde, bildet einen Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte der Danziger Arbeiterjugendbewegung. Freude am Schaffen und jugendlicher Idealismus hatten es in der kurzen Zeit von sechs Wochen fertig gebracht, die Ortsgruppe zusammenzuschließen und ihr ein wohlgebautes Heim zu geben. Das Letztere, das zur Feier des Tages aber und über mit Blumen geschmückt war, fand mit seiner durch die Jugendlichen hergestellten Ausstattung allgemeinen Beifall. Nach einleitenden Worten der Ortsgruppe, überbrachte Jugendgenosse Proß die Glückwünsche des Jugendbundes. Er betonte in seiner Ansprache, daß die Arbeiterjugendbewegung etwas Neues schaffen wolle, daß sie sich loslöst von allem Schmutz und Schund, der heute den Jugendlichen in Alkos und zweifelhafte Vergnügungsfestlichkeiten geboten wird. Vertreter der Parteileitung und des Bezirksvereins Langfuhr wünschten dem neuen Verein besten Gelingen und die Vermittlung seiner Bestrebungen. Mege lunge und gemeinsame Gesänge vervollständigten das Programm des Abends, der wohl alle Erschienenen voll befriedigt hat. Die anwesenden Genossen und Genossinnen haben sich überzeugt, daß die der Ortsgruppe Langfuhr angehörenden Jugendlichen gut aufgehoben sind und sich dort wohl fühlen. Alle dem Verein noch Fernstehenden werden gebeten, zu den Heimabenden am Mittwoch und Sonntag im Heim (Mannschaftshaus 2 der Telegraphenstraße, Zimmer 6) zu kommen und sich von dem dort herrschenden Geist selbst zu überzeugen. Zu jeder Auskunft ist auch Jugendgenosse Kuchert, Justizweg 13, bereit.

Ausfuhr von auf Versorgungsberechnung bezogenen Waren in das nichtdeutsche Ausland. Nachdem am 8. Mai d. J. im Deutschen Reich eine Anzahl Waren ausfuhrfrei geworden ist, bestanden Zweifel, ob für diese Waren, die von hiesigen Firmen auf Versorgungsberechnung der Handelskammer bezogen waren, die ebenfalls die Erklärung der Danziger Bekleiderfirma über den Verbleib der Ware in Danzig eingehalten werden mußte. Auf die Bemerkungen der Handelskammer hin, hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung seinen Standpunkt, daß trotz der Ausfuhrfreiheit an dem bisherigen Verfahren für auf Versorgungsberechnung bezogene Waren nichts geändert werden könne, festhalten. Zur Bedingung wurde indessen gemacht, daß die entsprechende deutsche Ausfuhrbescheinigung, die vor dem 3. Mai 1921 für die Ausfuhr der in Frage kommenden Waren im Deutschen Reich erhoben wurden, von der Danziger Außenhandelsstelle eingezogen und für das Deutsche Reich verwahrt wurden. Da in dieser Bedingung für den Danziger Kaufmann gegenüber den deutschen Firmen eine Schwere lag, hat die Handelskammer den Standpunkt vertreten, daß die Erstellung der Ausfuhrbescheinigung für auf Versorgungsberechnung bezogene und druckfertig ausgearbeitete Waren, nicht von der Erhebung einer Ausfuhrbescheinigung abhängig zu machen sei. Diesen Standpunkt der Handelskammer hat der Reichskommissar als berechtigt anerkannt, jedoch die Danziger Interessenten von ihrer Verpflichtung der Einreichung der Verbleibzeugnisse entbunden sind, soweit es sich um Waren handelt, die seit dem 3. Mai d. J. deutscherseits ausfuhrfrei geworden sind.

Neue Polizeibehörde. Für die Ausstellung eines Danziger Passes oder Fahrscheins wird neben der Stempelgebühr von 3 M., eine weitere Gebühr von 5 M. zur Staatskasse erhoben.

Ein neues Fahrplan für den Autobus-Verkehr tritt heute in Kraft. Wie aus dem Angeheft ersichtlich, fährt der Autobus nach Joppe von 6.30 ab stündlich, von 10.30 vormittags ab bis 8.00 nachts halbstündlich und außerdem noch ein Wagen um 4.20 nachts, von Joppe von 7.30 ab stündlich, von 11.30 vormittags bis 4.00 nachts halbstündlich und dann noch um 5.50 nachts. Von Danzig nach Greibude von 6.30 morgens bis 10.30 abends, umgekehrt von 7.00 morgens bis 11.00 abends stündlich.

Die Internationale Arbeiter-Tagung (I. A. T.) veranstaltet am Sonntag, den 28. August in Danzigs Räumen des „Café Terra“ ein Wohltätigkeitsfest für den Altersversorgungsfonds der Internationalen Arbeiter-Tagung. Ab 4 Uhr nachmittags Kartenverkauf mit Parole, zu welchem erste Anfänger der hiesigen Arbeiter ihre Mitwirkung zugesagt haben; es wird also ein reichhaltiges Programm geboten. Alles Nähere besagen die Ankündigungsfalten und Inserate.

Erdbarbeiten am Rathausneubau machen eine Sperre des Platzes vom 26. August auf die Dauer von zwei Monaten für den gesamten Verkehr erforderlich, was zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Polizeibericht vom 26. August 1921. Verhaftet 18 Personen, darunter: 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Straßenraubes, 1 wegen Verstoßes des Mordes, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Betruges, 1 wegen Beleidigung, 1 wegen Bedrohung, 1 wegen Schusswaffen, 8 in Polizeihast, 2 zur Festnahme. — Obdachlos: 3 Personen.

Aus dem Osten.

Streik in den städtischen Betrieben. Gestern haben alle städtischen Institutionen den Betrieb eingestellt. Die Arbeiter haben lediglich den unumgänglichen Dienst in den Krankenhäusern beibehalten. In den Wasserleitungswerken arbeitet Militär. Sämtliche städtische Beamten haben ihren Dienst verlassen. Das Elektrizitätswerk wird heute nicht streiken. Als die Arbeiter die Arbeit auf den Wasserleitungswerken im Stich ließen, befehlten sie einen unbedeutenden Teil der Werke besetzt, der zur Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse der Stadt nicht ausreicht. Der Streik ist wirtschaftlicher Natur.

Zur Schaffung eines Freibezirks im Königsberger Hafen. Die Königsberger Handelskammer hat an die Staatsregierung eine ausführliche Denkschrift gerichtet, in der unter Hinweis darauf, daß die Provinz Ostpreußen und ihr einziger Hafen Königsberg durch den Friedensvertrag von Versailles in besonderer einschränkender Weise getroffen worden sind, und daß dem Königsberger Hafen in Danzig und Memel zwei Wettbewerber gegenüber stehen, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Reichsverband unter wesentlich günstigeren Bedingungen als Königsberg in den internationalen Wettbewerb eintreten können, die unbedingte Notwendigkeit eines Freibezirks für den Königsberger Hafen im einzelnen dargelegt und eine solche Einrichtung als eine Lebensfrage für den Königsberger Großhandel bezeichnet wird. Am Schluß der Denkschrift wird ersucht, die durch die Einrichtung eines Freibezirks im Königsberger Hafen entstehenden Kosten aus Reichs- und Staatsmitteln bereitzustellen zu wollen.

Standesamt vom 26. August 1921.

Todesfälle: Arbeiter, Musiker der 4. Komp. Inf.-Regt. 888 Theodor Walter Ringenberg, 29 J. 9 M. — Geschäftsführer Karl Schlimacher, 27 J. 8 M. — E. d. Arbeiters Oswald Bleck, 6 M. — Rentier Johann Elm, 88 J. 8 M. — Invalid Paul Sträger, 49 J. 7 M. — Witwe Eva Roth geb. Reuber, 84 J. 10 M. — E. d. Arbeiters Ernst Brozek, 3 M. — Bäckereifabrikant Rudolf Conrad, 44 J. 1 M. — Früherer Milchhändler Karl Wessel, 68 J. 11 M. — Reichsbankinspektor Georg Biemack, fast 51 J. — E. d. Bahnarbeiters Franz Fußnagel, 1 Stunde. — Sohn desselben, 30 Stunden. — Unheilich 1 E. 1 F.

Vom Kartoffelmarkt. Auf dem Bahnhof Begetor sind drei Waggons mit Kartoffeln eingetroffen. Auf dem Markte befinden sich 500 Zentner. Der Preis pro Pfund beträgt 45 bis 55 Pfennig.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Deutsche Mark: (Ausl. 3.30) 3.40 am Vortage 3.40
Dollars: 84 1/2 „ „ 84 1/2
Engl. Pfund: 312-14 „ „ 315
Franz. Franken: 655 „ „ 670
Schweiz. Franken: 1435 „ „ 1440



Wasserstandsberichte am 26. August 1921.

gestern	heute	gestern	heute
Jamisch	-0,40 -0,46	Düchel	-0,02 -0,02
Morshau	-0,52 -0,52	Dirschau	-0,77 -0,77
Ploch	-0,20 -	Einlage	-2,12 -2,04
Thorn	-0,30 -0,30	Schlesien	-2,40 -2,36
Herden	-0,39 -0,38	Schlesien D. P.	-3,16 -3,18
Elm	-0,33 -0,33	Salzberg D. P.	-4,47 -4,47
Grabung	-0,49 -0,47	Neuhofen	-2,24 -2,20
Reuebrach	-0,08 -0,07	Amwachs	-
Montanverine	-0,32 -0,33		

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für Geschäftspolitik, Kollasch und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für die Illustration Bruno Ewert in Orlitz. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Ähnliche Bekanntmachungen.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 8 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.

Danzig, den 26. August 1921.

Der Senat.
Stadt, Rathausarkadenstraße.

Ausschneiden! Aufbewahren!
Aktiengesellschaft „Autobus“
 Von heute ab tritt folgender Fahrplan in Kraft:
Danzig-Hauptbahnhof—Zoppot-Kurhaus
 630, 730, 830, 930, 1030, 1130, 1200, 1230, 1300,
 1330, 2000, 2300, 3300, 4300, 5300, 6300, 6300,
 7300, 7300, 8300, 9300, 10300, 10300, 11300, 11300,
 12000, 12300, 13000, 13000, 23000, 23000, 33000, 33000,
 Bei schönem Wetter und besonderen Anlässen
 Einsparwagen.
 Abfahrtszeiten vom Langenmarkt 6 Minuten früher.
Zoppot-Kurhaus—Danzig (Bahnhof)
 730, 830, 930, 1030, 1130, 1230, 1300, 1330, 2000,
 2300, 3300, 3300, 4300, 4300, 5300, 6300, 6300, 7300,
 8300, 8300, 9300, 10300, 10300, 11300, 11300, 12000,
 12300, 13000, 13000, 23000, 23000, 33000, 33000,
Danzig—Heubude
 630, 730, 830, 930, 1030, 1130, 1230, 1300, 2300, 3300, 4300,
 5300, 6300, 7300, 8300, 9300, 10300,
 vom Hauptbahnhof als Café Wilke, Heubude.
 Bei schönem Wetter und besonderen Anlässen
 Einsparwagen.
Heubude—Danzig
 730, 830, 930, 1030, 1130, 1230, 1300, 2300, 3300, 4300, 5300,
 6300, abends, 730, 830, 930, 1030, 1130. (4907)

Lichtbild-Theater
Langenmarkt Nr. 2
 Intime Lichtspiele
 Ab heute:
Die wundervollen
Schlussteile mit der
Überraschenden
Lösung!
„Judex“
 (Das Rätsel der Kriminalistik)
Sehen und staunen
 4913

Volkshilfe
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Mittelgesellschaft
 — Sterbekasse. —
 — Klein-Pollerversicherung. —
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
 Auskunft in den Büros der Arbeiterorganisationen und von der
 Verwaltungsgasse 16 Danzig
 Bruno Schmidt,
 Mattenbuden 35.

Danziger, rettet Eure Eisenbahn!
 Die Entscheidung des Oberkommissars überweist den größten Teil der Freistaatsbahnen der polnischen Verwaltung.
Wollt Ihr das? Niemals!
 Darum erscheint in Massen, Männer und Frauen, zu den
Protestversammlungen
 Die gleichzeitige
am Freitag, nachmittag 6 Uhr,
 stattfindend in der
Sporthalle, Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus, Wertheimshaus, Gewerbehause.
 Es werden sprechen die Herren: Urndt, Falkenberg, Kuhn, Magen, Schüh, Splitt, Wagner, Wahl.
Danziger, wahrt Eure Rechte, tretet ein für Euer Deutschtum!
 Danziger Heimatdienst. Zentrumspartei.
 Deutschnation. Volkspartei. Deutscher Gewerkschaftsbund.
 Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft. Deutscher Gewerkschaftsring.
 4909

UT Lichtspiele
 Vom 26. August bis 1. September
Die Nacht ohne Morgen
 Ein erschütterndes Zirkus-Sensationswerk in 6 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Paul Rosenhain.
 In den Hauptrollen:
Hans Mierendorff, Eugen Klöpfer und Grit Hegesa.
 Ferner:
Goliath Armstrong
Letzter Teil: Entlarvt
 Vorstellungen um 4, 6 und 8 Uhr.

Zentral-Theater
 Langgasse 31 • Pensionskassen Nr. 12
 Heute Donnerstag. Neu!
Das große Ereignis!
Der Fluch des Nuri!
 Große Tragödie in 5 Akten.
 Hauptrollen:
Gertrud Weicker, Hans Albers
 Im 2. und 3. Akt:
Gesangsensemble
Das Liebeslied des Nisimes.
 Persönlich gesungen von dem hervorragenden Künstler **Robert Ley.**
 Ferner:
Henny Porten, Alfred Abel
 in dem großen Lustspiel
Die Dame, die Problemamant und der Teufel!
 (4914)
 Zum Henny-Porten-Lustspiel
Original-Jazz-Band-Musik.
 Verstärkte Kapelle. Erhöhte Preise.

2 Paar Schuhe
 (Schwarze u. weiße) Gr. 35, zu verkaufen. **Kruse.**
 Bastion Ausprung 1. (f)
Wohnungstausch!
 Kleine Wohnung, Stube, Kabinett, Küche, Entree u. Nebengelaß, pass. für 2 Personen, in Oliva geg. kleine Wohn. in Danzig zu tausch. geucht. Offert. unt. 2 258 a. d. Exp. d. d. Zeitung. (4909)
St. möbl. Zimmer
 am liebsten bei Parteinengenossen, gesucht. Offerten unter 388 an die Exped. dieser Zeitung. (f)

Arbeiter-Turn- u. Sportbund
 Sonntag, den 26. August 1921 findet in Heubude das
1. Bezirks-Turn- u. Sportfest
 statt. Von 8 Uhr ab Wettkämpfe. Abmarsch des Festzuges 12 Uhr mittags vom Lokal Schönwies. Turnerische Vorführungen auf dem Festplatz bei dem Lokal Albrecht. Abends Festball in den Lokalen Albrecht, Engbrecht und Kanzler. **DER BEZIRKSVORSTAND.**

Sozialdemokr. Partei Danzig-Stadt.
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Petrischule, Hansplatz.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal.
 2. Die Abrechnung der Danziger Eisenbahnen an Polen.
 3. Erwahlten zum Vorstande.
 4. Verschiedenes.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
 (4902) Der Vorstand.

Metropol-Lichtspiele
 Dominikswall 12.
 Aus den Geheimnissen des Detektiv John Hopkins:
„Apachen-Rache“
 5 Akte starker Sensationen.
„Das Geheimnis einer Nacht!“
 (Pro domo.) Drama in 4 Akten.
„Die Tragödie einer Liebe!“
 Lustspiel in 2 Akten.
 4—6—8 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

PHILIPP SCHEIDEMANN
DER ZUSAMMENBRUCH
 1914-1918
PREIS 30 MARK
NEU
 Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Stroh-Panama-Velour-Filz-Hüte
 für Damen und Herren
 werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt, gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
 Annahmestelle
 nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
 (gegenüber der Markthalle). (4388)

Herren-Anzüge
 solide Stoffe, gute Verarbeitung, tadelloser Paßform (4953)
:: sehr billige Preise ::
 Milkannengasse 15 1/2, Leihhaus.

Groß-Wanderschau
CIRCUS HENNY
 sucht für seine
 Raubtiere Eisbären, braune Bären, Rüsselbären, Löwen, Wölfe, Hyänen u. a. exot. Tiere
Fleisch zu kaufen
 ferner Futtermittel für das Pferdmaterial.
 Preis-Off. unt. Q 307 a. d. Danziger Volksstimme.

Sämtl. Drucksachen
 in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
 Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
 Danzig, Am Spendhaus 6. Telefon 3290

Bernstein-Dreherinnen
 bei hohem Verdienst und dauernder Arbeit, sowie
Lehrmädchen
 bei wöchentlich hoher Vergütung stellt sofort ein
Max Simson,
 Bernsteinwaren-Fabrik, Johannisgasse 32. (4583)

Kleine Anzeigen
 in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Werner
Zentrale: Gr. Wollwebergasse 2-3
 Langgasse 10
Zoppot: Seestraße 37
Langfuhr: Hauptstraße 117

Besonders preiswerte Schuhwaren

Damen-Halbhuhe schicke neue Form . . .	78 ⁰⁰	Rest- und Einzelpaare spottbillig!	Herren-Schnürstiefel Dauerhafte Verarbeitung	128 ⁰⁰
Damen-Schnürstiefel kräftiger Strapsenstiefel .	98 ⁰⁰		Herren-Schnürstiefel moderner Straßenstiefel	156 ⁰⁰
Damen weiße Leinen-Schnür- u. Spanngüßhuhe	48 ⁵⁰		Ein Posten Turnsandalen mit Ledersohlen . . . 27/35	17 ⁵⁰
Kinder-Rindboxleder-Schnürstiefel	69 ⁰⁰	Jedes Paar wird auf Wunsch aus den Schaukästen verabfolgt!	Ein Posten Leder sandals 24 28	19 ⁵⁰